DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

FRANK RUMPENHORST/DPA

Schlägertypen

Die Rechten waren auf der Frankfurter Buchmesse schon früher präsent, aber jetzt bemerkte man sie. Sie setzten die Themen, vor allem aber schlugen sie zu – in aller Öffentlichkeit. Sie trauen sich das jetzt. Von Christof Meueler und Peter Merg

» SEITE 11

GEGRÜNDET 1947 · **MONTAG, 16. OKTOBER 2017** · NR. 240 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Digitalquatsch
Russische Hacker sollen Bundestagswahlkampf angegriffen haben. Interview mit Andrej Hunko
2

Spekulantentreff
Der Internationale Währungsfonds feiert den Aufschwung der Weltwirtschaft. Von Simon Zeise
3

Kriegskurs
Pentagon: Militärkooperation mit Israel und Ölscheichs gegen Iran stärken. Siehe Kommentar Seite 8
6

Schiebertod
Im Kalten Krieg: Vor 60 Jahren tauschte die DDR blitzartig ihre Währung um. Von Jörg Roesler
12

Terroristen auf der Flucht

Syrische Armee nimmt Stadt Al-Majadin ein und rückt im Osten des Landes vor. Auch Rakka vor dem Fall. Türkei besetzt Idlib. **Von Karin Leukefeld, Damaskus**

In Syrien haben die Truppen der Armee und ihrer Verbündeten am Wochenende die Stadt Al-Majadin im Osten des Landes eingenommen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums bestätigte am Samstag den Einmarsch der Armee in die Stadt, die rund 420 km östlich von Damaskus in der Provinz Deir Al-Sor am Euphrat liegt. Seit 2012 war Al-Majadin von bewaffneten Gruppen kontrolliert worden, die sich 2014 der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) unterstellten. Unter Militärs galt sie als »militärische Hauptstadt« des IS.

Dem Einmarsch waren in den letzten Tagen heftige Kämpfe vorausgegangen, in deren Verlauf die russische Luftwaffe schwere Angriffe auf die Waffen- und Ausbildungslager in und um Al-Majadin flog. Unmittelbar nach der Einnahme begannen Minenräumkommandos ihre Arbeit.

Etwa 45 Kilometer nördlich der befreiten Ortschaft liegt die Provinzhauptstadt Deir Al-Sor, die von der syrischen Armee und ihren Verbündeten bereits Anfang September zurückerobert worden war. Inzwischen haben die Truppen mit Hilfe einer von russischen Soldaten errichteten Pontonbrücke den Euphrat überquert und durchkämmen östlich des Flusses Dorf für Dorf nach verbliebenen Dschihadisten.

Von Norden her kommen ihnen Kämpfer der »Syrischen Demokratischen Kräfte« (SDK) sowie der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ entgegen. Sie übergeben Gebiete wie das Gasfeld von Konoko nach der Einnahme nicht an die syrische Armee bzw. die Regierung, sondern bauen dort eigene politische Strukturen auf. Diese werden ebenso wie die SDK und auch die YPG/YPJ von der US-Armee mit Luftangriffen unterstützt. Eine Kooperation mit den staatlichen Behörden ist nicht vorgesehen.

BULENT KILIC/AFP PHOTO

Im Osten Syriens rückt die syrische Armee vor, in Rakka (Foto) stehen die SDK und YPG/YPJ kurz vor dem Sieg

Der Auftrag der syrischen Armee, die bei ihrem Vormarsch von russischen Spezialkräften unterstützt wird, ist die Sicherung der Grenze zum Irak und auch der Öl- und Gasressourcen. Die dadurch entstehenden Spannungen zwischen Russland und den USA hatten Ende September zu einem direkten Treffen hochrangiger Militärs beider Seiten »irgendwo in der Region« geführt, wie ein US-Armeesprecher bestätigte.

In Rakka meldeten derweil die SDK und die YPG/YPJ, dass die vollständige Einnahme der Stadt kurz bevorstehe. Mit IS-Kämpfern soll eine Vereinbarung über deren Abzug getroffen worden sein. Eine Gruppe von rund 150 Dschihadisten kämpft den Berichten zufolge allerdings weiter. Angeblich sollen sich unter ihnen auch sechs Franzosen befinden, denen die Beteiligung an Anschlägen in Paris vorgeworfen wird.

Türkische Truppen setzen derweil ihren Vormarsch in die syrische Provinz Idlib fort. Offiziell wird der Einsatz mit dem Astana-Abkommen über ein Deeskalationsgebiet in Idlib begründet. Die Türkei gehört mit Russland und dem Iran zu den drei Garantiemächten des im Mai unterzeichneten Vertrages. Der türkische Präsident Erdogan erklärte jedoch, Ankara habe einen »eigenen Plan« für Idlib, man werde die Zivilisten »vor den Angriffen des syrischen Regimes« schützen.

Das Außenministerium in Damaskus reagierte am Sonntag mit scharfer Kritik und verurteilte den türkischen Einmarsch. Es handele sich um »einen klaren Angriff auf die Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Landes« und damit eine Verletzung des Völkerrechts. Die Invasion habe nichts mit den Vereinbarungen in Astana zu tun, zumal die Truppen Ankaras mit der Terrororganisation Nusra-Front kooperierten. Die türkische Armee müsse sich sofort und bedingungslos zurückziehen, verlangte Damaskus.

ÖVP gewinnt Wahl in Österreich

LEONHARD FOEGER/REUTERS

Wien. Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat die vorgezogene Nationalratswahl gewonnen. Nach der ersten Hochrechnung des *ORF* kommt sie auf 30,2 Prozent der Stimmen und gewinnt damit 6,3 Punkte. Ähnlich hohe Zugewinne kann die ultrarechte FPÖ verbuchen, die mit 26,8 Prozent zweitstärkste Kraft wird. Dritter ist die sozialdemokratische SPÖ mit 26,3 Prozent. Ebenfalls im Nationalrat vertreten sind demnach Die Grünen mit 4,9 Prozent, die Neos mit 5,3 Prozent und die Liste Pilz, eine Grünen-Abspaltung, mit 4,3 Prozent. Die KPÖ Plus erreicht nur 0,7 Prozent und muss damit trotz eines Bündnisses mit der Grünen Jugend einen Verlust von 0,3 Punkten hinnehmen. (jW)

»Stuttgart 21« eröffnet wohl erst 2023

Stuttgart. Das milliardenschwere Bahnprojekt »Stuttgart 21« wird wohl erst 2023 fertig. Beim Bau des neuen Hauptbahnhofs in der Landeshauptstadt bestehe nach wie vor ein »Gegensteuerungsbedarf« von zwei Jahren, erklärte am Wochenende die Zentrale der Deutschen Bahn. Vor genau einem Jahr hatte das Unternehmen eingeräumt, nur dann, wie geplant, 2021 in Betrieb gehen zu können, wenn dieser Zeitverzug wieder aufgeholt werden könne. Bis heute sei das aber nicht gelungen. Ändert sich nichts daran, dürfte das Herzstück des 6,5 Milliarden Euro teuren neuen Stuttgarter Bahnknotens, die unterirdische Durchgangsstation, erst 2023 an den Start gehen. Offiziell heißt es vom Konzern: »Die Bahn hält weiter an dem Ziel fest, Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm im Dezember 2021 in Betrieb zu nehmen.« (dpa/jW)

Mutmaßlich türkische Spitzel im BAMF

Mitarbeiter der Bundesbehörde sollen Daten an türkische Stellen weitergereicht haben

Sind in deutschen Ausländerbehörden türkische Spitzel aktiv? Dieser Verdacht wird nach einem Medienbericht von türkischen Asylbewerbern geäußert, die aus ihrer Heimat flohen. Nach gemeinsamen Recherchen berichteten der *Spiegel* und das *ARD*-Magazin »Report Mainz« am Samstag von Fällen, in denen Türken kurz nach Gesprächen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder in einer Ausländerbehörde in türkischen Zeitungen oder Fernsehsendern unter Nennung ihres deutschen Aufenthaltsorts als Terroristen diffamiert worden seien. In mindestens zwei Fällen ermittele die Polizei.

In dem *Spiegel*-Artikel wird etwa vom Fall des aus der Türkei geflüchteten Yüksel Cingöz (es ist nicht der richtige Name der Person) berichtet. Dort heißt es: »In Deutschland versteckte sich Cingöz mehrere Monate lang. Nur engste Vertraute wussten, wo er war. Eine Stunde nach seinem BAMF-Termin aber, so Cingöz, tummelten sich Erdogan-Fans aus Deutschland auf seinem Twitter-Account.« Fünf Tage später sei er von einem türkischen Publizisten der Mitgliedschaft in der kurdischen Arbeiterpartei PKK bezichtigt worden.

Das BAMF teilte den Medien mit, sich in diesem Jahr in 15 Fällen von freiberuflichen Dolmetschern getrennt zu haben, »vor allem aufgrund von Verletzungen der Neutralitätspflicht«. Die Behörde gibt jedoch an, dass ihr kein Fall bekannt sei, in dem Mitarbeiter Informationen über Asylbewerber an türkische Behörden weitergegeben hätten.

Mehr als 600 ranghohe Staatsbeamte haben seit dem Putschversuch in der Türkei im Juli vergangenen Jahres Asyl in Deutschland beantragt. Das geht aus Zahlen des Bundesinnenministeriums hervor, die den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagausgaben) vorliegen. Demnach haben bis Mitte September 250 Personen mit türkischen Diplomatenpapieren und 380 mit Dienstausweisen für hohe Staatsbeamte Asyl in der BRD beantragt. Am Donnerstag hatte die Sprecherin für internationale Beziehungen der Linksfraktion, Sevim Dagdelen, geschätzt, dass der »Spitzelring« Ankaras in der BRD rund 6.000 Personen umfasse. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901607 10042